Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 72 (1981)

Heft: 22

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

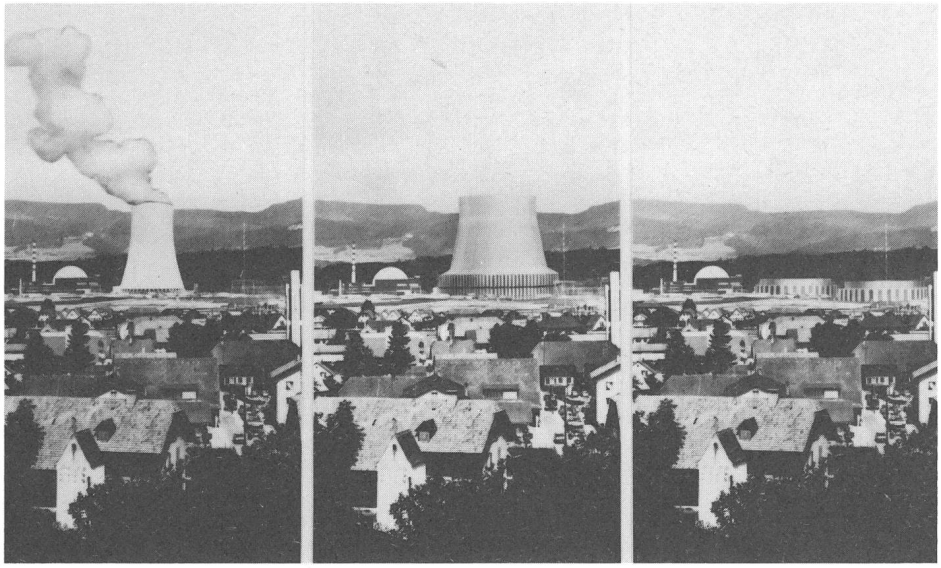

Fig. 2

Die drei Hauptvarianten der atmosphärischen Kraftwerkkühlung, veranschaulicht am Beispiel des Kernkraftwerks Gösgen

Von links: Der bestehende Naturzug-Nasskühlturm; Photomontage mit gleichwertigem Naturzug-Trockenkühlturm; Photomontage mit zwei Trockenkühlern mit Zwangsbelüftung

(Photo und Montagen EIR)

schen Luftzug sorgt entweder ein Naturzug-Turm oder eine zwangsbelüftete Zelle. Mit einem bedeutenden Unterschied gegenüber der Nasskühlung: es ist viermal soviel Luft nötig, um dieselbe Abkühlung zu erzielen. Daher muss ein Trockenkühlturm bei gleicher Höhe doppelt so dick sein (d.h. die vierfache Grundfläche haben) wie ein Nasskühlturm. Das macht ihn auch doppelt so teuer, wodurch die Stromgestehungskosten – laut Berechnung des Eidg. Instituts für Reaktorforschung – um vier Prozent erhöht würden. Dafür kennt ein Trockenkühlturm weder Schwaden noch Geräusche. Trockenkühlzellen wären noch etwas teurer und in grösserer Anzahl (mit entsprechendem Flächenbedarf und Energieverbrauch) nötig, um einen Turm zu ersetzen. Der Ventilatorlärm könnte mit Erdwällen und Bepflanzungen von Wohngebieten ferngehalten werden.

Quadratur des Kreises

Türme und Zellen mit Nasskühlung sind seit sieben Jahrzehnten in aller Welt erprobt. Über die Trockenkühlung liegen weit weniger Erfahrungen vor, aber auch sie stellt keine unüberwindlichen technischen Hürden. Doch wo das eine Verfahren gegenüber einem anderen Vorteil bietet, tun sich zugleich Nachteile auf – was optisch am wenigsten stört, verursacht akustische Probleme, ist teuer und vermindert den Wirkungsgrad. Die wirkungsvollste und zugleich billigste Methode, die Flusskühlung, darf nicht sein. Hier einen für alle Betroffenen annehmbaren Kompromiss zu finden ähnelt der Quadratur des Kreises. Jüngst ist allerdings ein Silberstreifen am Kühlhorizont aufgetaucht: Das Bundesamt für Energiewirtschaft stellt in seinem «Lagebericht über die Auswirkung der Kühlung thermischer Kraftwerke auf die Gewässer» vom Mai 1981 fest, dass sich die chemische Belastung von Aare und Rhein seit dem Kühlturmentscheid im Jahre 1971 verbessert habe und in Zukunft keine erneute Verschlechterung zu erwarten sei. Das Amt empfiehlt daher, bei neuen Kraftwerken die gemischte Kühlung zuzulassen, d.h. eine Kombination von Flusskühlung und atmosphärischer Kühlung. Die meiste Zeit des Jahres könnte dann mit Flusswasser gekühlt werden, und nur bei Niedrigwasser müssten Zellen oder ein kleiner Turm einen Teil der Kühlung übernehmen.

Im übrigen würde Fernheizung aus einem Dampfkraftwerk keinen Kühlaufwand sparen. Da im Sommer nur wenig Fernwärme benötigt wird, müsste das Kühlsystem ebenso leistungsfähig sein wie ohne Wärmeanzapfung. *Rudolf Weber*

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

GAK aktuell

In seiner Stellungnahme vom 21. September 1981 bejaht der Bundesrat den Bedarf für ein weiteres Atomkraftwerk in den neunziger Jahren.

Wir können diese Auffassung des Bundesrates nicht teilen. Es besteht kein Bedarf für weitere Atomkraftwerke (höchstens für elektrische Energie).

Im weiteren stellt die Kommission Caccia in ihrem Bericht fest, dass der Bedarf auf wissenschaftlicher Basis nicht erbracht werden kann (Seite 6 Kommissionsbericht). Der Bundesrat hat die Argumentation der Atomenergieproduzenten übernommen. Dadurch hat er es ein weiteres Mal verpasst, durch die Richtigstellung der «Energieweichen», sich von Sachzwängen der letztlich alles vernichtenden Atomtechnologie zu befreien. Die Zentralisierung der Energieproduktion widerspricht dem Prinzip unseres föderalistischen Staatsverständnisses. Wir halten daher fest: Das Atomkraftwerk Kaiseraugst ist nicht realisierbar:

Aus juristischen Gründen (Rechtsverletzungen im Bewilligungsverfahren)

Aus Sicherheitsgründen (Evakuierung, Katastrophenschutz, Entschädigungszahlungen)

Aus staatspolitischen Gründen (Wahrung des Föderalismus in unserer Demokratie)

Ungelöste Müllprobleme (Lagerung, Export des atomaren Abfalles zur Nutzung für Nuklearsprengstoffe) usw.

«Jetzt erst recht sind wir im Recht.» *Urs Sterkele*

«Prattler Amts-Anzeiger», Pratteln, 25. September 1981

KKW Beznau liefert günstige Wärme für neues regionales Fernheiznetz

Baden. Das Regionale Fernwärmenetz Unteres Aaretal «REFUNA» darf fest mit Wärmelieferungen von den Kernkraftwerken Beznau rechnen. Die Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK haben am 28. September diese Zusage fest erteilt. Die Kosten für die Wärmeabgabe basieren auf dem Ersatz der mit der Wärmeentnahme für die REFUNA in Beznau verbundenen Minderproduktion an elektrischer Energie im Ausmass von 30 Millionen Kilowattstunden pro Jahr.

Im Hinblick auf die Tatsache, dass die REFUNA eine ausgesprochene Pilotanlage (Testanlage) ist und in ihrer Verwirklichung

für den beschleunigten Einsatz der Fernwärme in grösseren Gebieten der Schweiz besondere Bedeutung zukommt, gewähren die NOK in den ersten Betriebsjahren einen Rabatt auf die errechneten Ersatzstromkosten. Dieser Rabatt beträgt im ersten Betriebsjahr 50% und wird über sechs Jahre stufenweise vermindert, so dass erst im siebten Jahr der volle Ersatzstrompreis zum Tragen kommt.

Der Rabatt der NOK soll dazu beitragen, den auch bei REFUNA wie in allen Fernwärmeversorgungen recht hohen festen Kosten für die Verlegung der Fernwärmeleitungen entgegenzuwirken und den raschen Aufbau der Verteilnetze in den verschiedenen, der REFUNA angeschlossenen Gemeinden zu erleichtern.

Der Abgabepreis für die Fernwärme an der Auskopplung im Kernkraftwerk Beznau liegt im Jahresdurchschnitt knapp über zwanzig Franken pro Gigakalorie (eine Gigakalorie = eine Milliarde Kalorien) und ist für die ersten sechs Jahre als Festpreis garantiert. Die Zielsetzung der REFUNA, dem Endbezüger die Fernwärme billiger zu liefern, als die mit Öl erzeugte Wärme kostet, ist damit sicher erreichbar.

Mit diesem ohne Zweifel günstigen Wärmetarif der NOK ist eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung einer wirtschaftlich arbeitenden Fernwärmeversorgung im untern Aaretal geschaffen.

«Aargauer Volksblatt», Baden, 2. Oktober 1981

Nationalrat Jäger als schlechter Verlierer

SFP. – Mühe bereitet es offensichtlich dem Landesring-Nationalrat Franz Jäger, eine auf demokratischem Wege erlittene Niederlage zu akzeptieren. Als schlechter Verlierer spielt er sich nun auf nach der Abstimmung im Kanton St. Gallen über eine Atominitiative, die von den Stimmberechtigten am 27. September verworfen wurde. Noch im Vorfelde des Urnenganges hatte das befürwortende Komitee, zu dessen «geistigen» Vätern Jäger gehört, vor einem Nein gewarnt, denn dies sei gleichzusetzen mit einem Ja zu einem Kernkraftwerk Rüthi im st. gallischen Rheintal. Nun benützte – um nicht zu sagen missbrauchte – Jäger die Fragestunde in der Grossen Kammer dazu, um beim Bundesrat darüber Auskunft zu erlangen, ob das vor dem St. Galler Entscheid in Umlauf gesetzte Gerücht, für das Kernkraftwerk Rüthi werde nach einem Bauverzicht auf Kaiseraugst und Graben ein Rahmenbewilligungsverfahren angestrebt, zutreffe. Bei seiner Fragestellung «vergass» aber Jäger darauf hinzuweisen, dass er und seine Getreuen dieses Gerücht in Umlauf gesetzt haben, um die Stimmberechtigten zu verunsichern. Bundesrat Schlumpf konnte Jäger mitteilen, was dieser längst schon von der St. Galler Kantonsregierung erfahren hatte, dass für ein Kernkraftwerk Rüthi keine Standortbewilligung vorliege, geschweige denn ein Gesuch um eine Rahmenbewilligung hängig sei. Der Bundesrat hatte also die fragwürdige Aufgabe, all jenes zu dementieren, das Jäger und seine Bundesgenossen selbst in Umlauf gesetzt hatten ...

Cerberus

«Freie Schweizer Presseinformation», 8. Oktober 1981, Bern

Warum nicht Strom sparen?

Ein Kernkraftwerk in Graben passt auch mir nicht. Abgesehen von Gefahrenmöglichkeiten ist es unbestrittenermassen so, dass eine Erholungslandschaft beeinträchtigt wird, die bis jetzt wenig überbaut ist. Die vorgesehenen grossen Bauten wären ein Fremdkörper. Ich bin aber der Meinung, mit Stromsparen müsste endlich vorwärts gemacht werden. Auch viele kleine Einsparungen führen letztlich zum Erfolg! Ich denke da an überheizte Warenhäuser und Transportmittel, an überdimensionierte Lichtreklamen, Haushaltgeräte und vieles mehr. Was in unserer Gegend immer wieder Ärgernis erregt, sind die Veranstaltungen der Discodance Poseidon. Von Vereinen und Gastwirten werden Tanzveranstaltungen übernommen, wobei ein übermässiger Aufwand betrieben wird. Einem jetzt wieder aufgehängten Plakat entnehmen wir folgendes Angebot: «Modernste 30000 Watt Light Show, 4-Farben-Lichtorgel, Scheinwerfer, Drehlichter, Grundlichter, UV-Lichter, Lauflichter, 4-Farben-Regenbogen, Strobo, Nebel-Show, Dia- und Film-Show, Sound 2× 1000 Watt.» Viele Jugendliche demonstrieren gegen Kernkraftwerke und sinnlosen Stromverbrauch. Anderseits tummeln sich aber auch Jugendliche in der stromfressenden Lichterflut von Disco- und andern Tanzveranstaltungen. Wäre es nicht angebracht, auch hier ein Veto einzulegen?

Emil Schaffer

Leserbrief aus «TW Berner Tagwacht», Bern, 15. Oktober 1981

Akzeptanz der Kernenergie

In Ihrem ausführlichen Artikel über die *Nuclex 81* befassen Sie sich in hervorragender Weise auch mit dem *Rufmord an der Kernenergie* und schliessen mit der bitteren Feststellung, sachliche Information habe im heutigen energiepolitischen Klima nur mehr einen geringen Stellenwert. Sie geben damit zu erkennen, dass Sie die Dimensionen der Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Kernenergie noch nicht völlig erkannt haben, denn sicherlich ist mit sachlicher Information allein weder pro noch contra Kernenergie etwas Entscheidendes auszurichten. Da Sie an anderer Stelle Ihres Berichtes die Schweizer Oppositionsbewegung gegen Kernenergie als weitgehend aus der BRD importiert bezeichnen, erlauben Sie einem *bundesdeutschen Kernenergiebefürworter* und langjährigen NZZ-Leser einige Bemerkungen zur Dimension der Auseinandersetzung.

Man kann diese *Auseinandersetzung von der Seite der Befürworter her* wohl in drei Phasen beschreiben: In der ersten Phase wird der qualifizierte oder unqualifizierte *Angriff gegen die Kernenergie* wahrgenommen und von den Befürwortern nicht nur als Angriff auf das Vertrauen der Öffentlichkeit in die bisher sakrosankte Technik schlechthin empfunden, sondern gerade von Fachleuten nicht selten auch als *persönliche Kränkung*. Man fühlt sich beleidigt, wirft der Gegenseite mangelndes Fachwissen (damit auch Kompetenzüberschreitung!) oder bösen Willen vor, nach dem Motto: «Ich bin beleidigt, weil rechtschaffen.» Ein bisschen davon klingt an, wo Sie die Anti-Atomkampagnen mit dem Hexenwahn des Mittelalters vergleichen, aber auch in Ihrem bereits zitierten bitteren Schlußsatz. Viele also gekränkte Techniker holen zu einem wütenden Rundumschlag gegen die AKW-Opposition aus und merken gar nicht, dass jeder Rundumschlag sozusagen per definitionem ebenfalls eine Kompetenzüberschreitung ist, mithin ebenfalls kein Beitrag zur Versachlichung der Auseinandersetzung.

Die übrigen begreifen, dass sie dem Publikum die Pro-Argumente begreiflich machen müssen: Hier beginnt die zweite, die *Informationsphase*. Wie wir heute aus mehrjährigen Erfahrungen wissen, ist es mit einem *noch so guten Informationsangebot*, sei es in Wort und Bild oder Schrift, *nicht entfernt getan*. Vor Beginn der Bauarbeiten des Kernkraftwerkes bei Brokdorf an der Unterelbe wurden in den umliegenden Städten und Gemeinden von neutraler, staatlicher Seite Dutzende von Aufklärungsabenden veranstaltet, aber kaum jemals von mehr als zehn Leuten besucht; wurden zentnerweise gut verständliche Schriften mit Sachinformationen verteilt, nur offenbar nicht gelesen. Aber als die Arbeiten begannen, kamen Zehntausende.

Es geht, das mussten die Befürworter lernen, *gar nicht mehr nur um die Technik*, ihre Sicherheit, ihre materielle Verantwortbarkeit. Um dieses Kerngebiet der Diskussion herum legen sich quasi konzentrisch zwei weitere Diskussionsfelder. Zunächst die *wirtschaftliche Frage:* Brauchen wir die doch so unheimliche Kernenergie überhaupt, geht es nicht vielleicht auch ohne sie? Dies ist das Diskussionsfeld, das unter «wir» ein Kantönli oder die gesamte Weltwirtschaft begreift, inklusive Dritter und Vierter Welt, je nach Öffnungswinkel der vorhandenen Scheuklappen. Und nur wer auch hierüber die wesentlichen Dinge erlernt hat, kann mitreden. Aber wenn dann mit allen vernünftigen Gegnern auf diesen beiden Feldern diskutiert wurde und – wie immer – herauskommt, dass die *friedliche Nutzung der Kernenergie* materiell verantwortbar und im Hinblick auf die wachsende Erdbevölkerung und die abnehmenden Vorräte an herkömmlichen Energiequellen wie Öl, Gas und Kohle *zwingend erforderlich ist* – dann stellt der Fachmann erstaunt fest, dass die übrigbleibenden Gegner in das dritte Diskussionsfeld ausweichen, dasjenige der Wertsysteme, und dass er also auch da noch Bescheid wissen muss, um mitreden und informieren zu können.

Nach der Erkenntnis dieser grundsätzlichen Schwierigkeiten kommt die Erkenntnis, dass sachliche Information allein nicht ausreicht, dass sie selbst angewiesen ist auf mindestens eine Emotion: *das Vertrauen der Zuhörer*, und dass man erst lernen muss, diesem Zuhörer zuzuhören, bevor man gut informieren kann. Da beginnt die dritte Phase: die *Kommunikationsphase*. Die wenigen Befürworter, die bis hierhin schon gelangt sind, können inzwischen bestätigen: Das Problem, die eskalierenden Polarisierungen der Bevölkerung in Sachen Kernenergie abzubauen, ist lösbar, wenn wir weniger über die technischen und wirtschaftlichen Tugenden der unersetzlichen Kernenergie predigen, sondern mehr versuchen, die *Probleme der Ablehner zu verstehen*. Dieser Versuch gelingt mit dem Ergebnis,

dass unter den Ablehnern sehr wenige radikale Antis übrigbleiben und dass die anderen alle dem vertrauen, der das Problem von ihrer Seite her ehrlich zu verstehen sucht. *Hermann Rosenau, Darmstadt*

Leserbrief aus «Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 20. Oktober 1981

Genoud gegen «Wasserkraft-OPEC»

Die vier Wasserschlosskantone Graubünden, Uri, Tessin und Wallis, die zusammen zwei Drittel des schweizerischen Elektrizitätsverbrauchs decken, sind sich einig darüber, dass sie von der «weissen Kohle» vermehrt profitieren sollten. Über die Art und Weise, wie dieses Ziel erreicht werden soll, gehen indessen die Meinungen auseinander. Die Walliser Regierung, so Staatsrat Guy Genoud an der Delegiertenversammlung der Vereinigung der Bergbevölkerung des Welschwallis, hält die vor einem Jahr vom Kanton Graubünden lancierte Standesinitiative für eine Besteuerung der Elektrizitätswerke am Produktionsstandort für den falschen Weg.

Für den Bau der grossen Stauwerke haben sich die Elektrizitätsgesellschaften zusammengeschlossen und Partnergesellschaften mit Sitz am Produktionsort gegründet. Diese betreiben im Standortkanton die Elektrizitätswerke und verkaufen den Strom zum Herstellungspreis an die beteiligten Gesellschaften. Auf diese Weise machen die Partnergesellschaften keine Gewinne und entschlüpfen so dem Fiskus des Standortkantons. Die Gewinne werden in den Kantonen des berühmten «Goldenen Dreiecks» am Sitz der Mitgliedgesellschaften besteuert. Um diese Ungleichheit zu korrigieren, lancierte der Kanton Graubünden im Sommer des letzten Jahres eine Standesinitiative, nach welcher die Stromverkäufe der Partnerwerke nach den jeweiligen Marktpreisen und nicht wie bisher nach den Herstellungskosten besteuert werden sollen. Eine Kommission des Ständerates befasst sich seither mit dem Problem.

«Dolchstoss in den Rücken»

Bevor die Bündner ihre Initiative starteten, sprachen sie sich mit den drei andern grossen Wasserschlosskantonen ab. Die Urner und Tessiner versprachen volle Unterstützung; die Walliser zeigten sich skeptisch und wollten sich nicht festlegen. Seit dem vor einigen Tagen vom Walliser Volkswirtschaftsdirektor Guy Genoud ausgedrückten Nein ist nun nichts geworden aus der Einheitsfront der «alpinen Energiescheichs». Im Graubünden spricht man von einem Dolchstoss in den Rücken. Die Gründe für die ablehnende Haltung der Walliser Regierung gegenüber dem bündnerischen Vorstoss fasst Genoud wie folgt zusammen: «Wir unterstützen die bündnerischen Forderungen nach besseren Abgeltungen, doch scheint uns der vorgeschlagene Weg nicht angezeigt. Dafür gibt es drei hauptsächliche Gründe. Mit der Anrufung der Eidgenossenschaft läuft man Gefahr, die kantonale Steuerhoheit zu beschneiden. Ferner ist die Festlegung der Marktpreise bei der elektrischen Energie so umständlich, dass dafür ein komplizierter und kostspieliger Verwaltungsapparat aufgebaut werden müsste. Schliesslich sieht das Gesetz verschiedener Kantone, so des unsern, bereits heute vor, den Transfer versteckter Gewinne zu besteuern. Wenn im Wallis beispielsweise eine Partnergesellschaft eine gegenüber dem effektiven Strompreis zu geringe Dividende deklariert, kann die Steuerverwaltung korrigierend eingreifen.»

Statt als «alpine Energiescheichs» aufzutreten, sollten sich die Wasserschlosskantone nach Ansicht des Walliser Volkswirtschaftdirektors für eine automatische und progressive Anpassung der Wasserzinse einsetzen, deren Höhe heute durch ein Bundesgesetz limitiert ist. Diesen Vorschlag von seiten eines Walliser Kantonsvertreters zu hören, ist um so erstaunlicher, als bei einer solchen Massnahme im Wallis fast nur die Standortgemeinden profitierten, da sich die Rechte des Kantons auf den Rhonelauf beschränken. Ferner vertritt Genoud die Auffassung, dass es für einen Wasserschlosskanton wesentlich wichtiger sei, die vorhandene Wasserkraft als Chance zur Industrialisierung auszunutzen, als daraus lediglich höhere Steuererträge herauszuschlagen. Als Illustration dazu führt er die Konzerne Ciba, Alusuisse und Lonza an, die alle drei nur wegen der vorhandenen Elektrizitätskapazität ins Wallis gezogen waren und heute im Kanton rund 9000 Personen beschäftigen. Darüber, dass beispielsweise der Kanton Graubünden mit seiner weitläufigen geografischen Struktur und seinen Schmalspurbahnen von einer ähnlichen Invasion Arbeitsplätze schaffender Industrien kaum je profitieren kann, schweigt Genoud sich allerdings aus.

Ein schlichtes Doppelbesteuerungsproblem

Auf das doch etwas überraschende Nein aus dem Wallis reagiert man im bündnerischen Finanzdepartement mit einem Kopfschütteln. Toni Russi, Steuerspezialist und zusammen mit Regierungsrat Reto Mengiardi Vater der Bündner Standesinitiative, äussert sich wie folgt: «Auf Wunsch der Walliser Regierung stellten wir kürzlich einen ganzen Tag lang Berechnungen an, was dem Kanton Wallis das Kraftwerk Grand-Dixence einbrächte, falls unsere Initiative durchkäme. Ich kann nur sagen: ein Mehrfaches, und trotzdem fallen uns heute die Walliser in den Rücken. Wir sind uns zwar im klaren darüber, dass sich für die Walliser die Frage der Kraftwerkbesteuerung nicht in gleicher Art stellt wie für uns, da um die 50 Prozent der produzierten Energie auch im Kanton selber verbraucht werden. Unhaltbar ist dagegen der Einwand, unsere Standesinitiative zöge einen komplizierten Verwaltungsapparat nach sich: diese Art Probleme der Doppelbesteuerung ist im internationalen Recht gang und gäbe und stellt keine unüberwindliche Schwierigkeit dar. Ferner praktiziert unser Kanton bereits seit Jahren eine Besteuerung der 'korrigierten Dividenden', doch bringt uns das nur einen Pappenstiel gegenüber dem, was uns durch die Standesinitiative zukäme. Überdies scheint Staatsrat Genoud vergessen zu haben, dass zwischen den Eigenmitteln eines Unternehmens und seiner tatsächlichen wirtschaftlichen Kapazität oft kein Zusammenhang mehr besteht.» *René Zurkinden*

«Landbote», Winterthur, 25. September 1981

On pourrait économiser deux centrales type Gösgen

Selon le «rapport des Dix» publié par les producteurs d'électricité, les potentialités ultimes des économies, par rapport à la commission actuelle, se situent aux alentours de deux centrales type Gösgen.

Je ne sais pas si cela paraît peu ou beaucoup. Il faut savoir en tous cas que la centrale de Gösgen fournit environ le 20 % de notre consommation. C'est donc environ le 40 % de notre consommation actuelle qu'on pourrait économiser. Combien de ces économies sont-elles effectivement réalisables à l'horizon 1990 ou 2000? Cela dépend en grande partie de la politique fédérale (normes pour les frigos, par exemple).

Le rapport des Dix estime ces économies à 2986 GWh pour 1990, c'est-à-dire à 1568 GWh pendant le semestre d'hiver ou bien encore 0,42 Gösgen. La Commission fédérale a considéré que ces économies étaient déjà incluses dans les scénarios non influencés (voir nos éditions des 21 et 28 octobre 1981) et elle a fait faire une étude pour estimer les économies supplémentaires qu'on pourrait encore faire. Les économies réalisables sur le rendement énergétique des appareils étant déjà en grande partie incluses dans les estimations du rapport des Dix, ces économies supplémentaires concernent essentiellement l'interdiction éventuelle du chauffage électrique par résistance (753 GWh par hiver) et du chauffe-eau électrique par résistance (286 GWh par hiver). La somme totale des économies réalisables en plus serait de 1300 GWh par hiver (0,35 Gösgen).

Toutes ces estimations, qui sont d'ailleurs assez incertaines, indiquent en tous les cas que les économies d'électricité sont loin de présenter un aspect négligeable du problème de la clause du besoin. Il faut souligner également que ces économies d'énergie relèvent en fait de deux genres très différents: d'une part l'augmentation du rendement des appareils, à laquelle on peut difficilement s'opposer (pour autant qu'elle soit financièrement acceptable pour les acquéreurs): d'autre part l'interdiction de certaines applications de l'électricité (chauffage tout électrique par résistance par exemple).

B. Giovannini

«Gazette de Lausanne», Lausanne, le 4 novembre 1981

Les centrales nucléaires sont aussi sûres que les barrages

Un lecteur de Pully, docteur ès sciences, réagit à une lettre que nous avons publiée, dont l'auteur évoquait la possible rupture d'un barrage, et estime avec ce dernier qu'il convient de faire confiance aux ingénieurs:

J'ai lu avec intérêt la lettre de M. Pierre Zbinden «faire confiance aux spécialistes», parue dans votre journal en date du 5 octobre: longeant le barrage de Salanfe, il s'interroge sur une possible rupture de ce barrage et met en parallèle la sécurité de ce dernier et celle des centrales nucléaires. La conclusion de ses réflexions revient à «faire confiance aux spécialistes».

Ayant passé quarante-neuf ans à étudier d'importants problèmes de sécurité, je puis fournir à ce lecteur quelques informations, tant sur la sécurité des barrages que sur celle des centrales nucléaires.

Dès avant la Deuxième Guerre, tous les barrages suisses avaient été réétudiés, et des mesures extrêmement coûteuses avaient été prises pour assurer leur sécurité et celle des populations en cas d'attaque aérienne. Alors que les Anglais passèrent des mois à préparer la technique de leur attaque – réussie – sur les barrages allemands de la Ruhr, les spécialistes suisses passèrent des années à prévoir les effets de pareilles attaques allemandes sur nos propres barrages, et à les contrer par des mesures appropriées. Lutte obscure de grands spécialistes conscients de leurs responsabilités.

Quel fut le plus grave danger couru, de ce fait, par la Suisse? Ce fut lors du passage du Rhin par l'armée américaine, vers Strasbourg. Si les Allemands, par une action suicidaire, faisaient sauter leurs hauts barrages dans les montagnes de Bavière, en amont du Rhin, la traversée du fleuve par les Américains était mise en danger par les ondes de crue artificielle. Au passage de l'onde, Bâle aurait été anéantie. Les Américains le savaient, les Suisses le savaient, les Allemands y ont-ils songé? A Grenoble des laboratoires spécialisés travaillaient. Un téléphone rouge communiquait, jour et nuit, leurs résultats aux grands chefs américains.

Actuellement – même en temps de paix – tous les barrages suisses massifs, en voûte, évidés ou en enrochements (leur fondation est la roche environnante) sont sous surveillance constante, les appareils de mesure et ceux d'alarme sont en place.

Tel est le cas des barrages. De toute évidence, pour les centrales nucléaires, rien n'est laissé non plus au hasard. Il faut assurer leur sécurité en toute circonstance normale, mais aussi prévoir tous les cas extraordinaires. Tous les cas possibles d'incidents ou d'accidents ont été prévus, analysés, pondérés, les mesures à prendre testées, et les équipes de spécialistes amplement instruites. Des millions ont été dépensés en Suisse, et plus encore à l'étranger, pour l'étude de tous les problèmes de sécurité. Les centrales sont sous surveillance technique constante. Le système suisse fonctionne très bien: par deux fois il y eut des alertes en Suisse. Par deux fois la sécurité a fonctionné parfaitement en une fraction de seconde.

Mais prenons les rapports américains très précis relatifs à l'accident de la Centrale de Three-Mile-Island, aux Etats-Unis. Pointons les incidents et accidents successifs qui s'y sont produits, et voyons ce qui aurait pu arriver à une centrale suisse du même type, telle celle de Gösgen. On constate qu'en Suisse, toutes les mesures de sécurité auraient pu être prises correctement.

J'ai décrit succinctement les responsabilités et le travail des spécialistes de la sécurité. Nous les avons vus à l'œuvre pour les barrages, nous les voyons à l'œuvre pour les centrales nucléaires. D'une part des équipes de haut niveau; d'autre part, en face d'eux, des gens, qui ne veulent pas être informés et crient des slogans, agitent des banderoles, veulent imposer leur ignorance. *Charles Jaeger*

«Journal de Genève», Genève, le 19 octobre 1981

Vote du Grand Conseil vaudois cassé

L'ombre de Kaiseraugst a quelque peu plané, hier matin, sur le palais de «Mon Repos» où le Tribunal fédéral a pris une décision de première importance. Présidée par M. Kaufmann, la deuxième Cour de droit publique a, en effet, déclaré anticonstitutionnelle la prohibition du chauffage tout électrique, du moins telle qu'elle avait été décrétée par le canton de Vaud. Cette décision a été prise par six voix contre une, mais elle ne l'a été qu'au terme de trois heures de discussion et la rédaction de l'arrêt posera sans doute quelques problèmes. Pour l'heure, le vote du Grand Conseil a été cassé et l'Etat de Vaud condamne à verser 5000 fr. aux recourants.

En décembre 1979, le peuple vaudois avait accepté une initiative écologiste en faveur d'économies d'énergie. Elle soumettait en particulier le tout électrique à une clause de nécessité. Le Conseil d'Etat et le Grand Conseil avaient donné au peuple un préavis négatif. Cependant, au vu du résultat du vote, la loi d'application adoptée par le Grand Conseil stipulait que la nécessité de l'installation d'un tout électrique devait être démontrée. Vingt-neuf professionnels de la branche, huit sociétés de production et de distribution d'électricité et une trentaine de propriétaires immobiliers avaient déposé un recours.

Considération

De très nombreux éléments ont été pris en considération par les juges et tous n'ont pas mis les accents aux mêmes endroits. On peut donc penser que l'arrêt traitera de diverses questions. Pour l'heure, on retiendra une donnée qui semble fondamentale et sur laquelle une majorité claire s'est constituée.

La disposition vaudoise était-elle une simple mesure de police des constructions prise en vue de protéger un intérêt digne de l'être: les économies d'énergie, comme le soutenait le Conseil d'Etat? Etait-elle au contraire une mesure de politique économique de nature à empêcher l'activité de toute une branche, comme le soutenaient les recourants?

Une majorité de juges s'est ralliée à ce dernier point de vue. En particulier, le président Kaufmann a estimé que cette disposition allait au-delà de la simple mesure de police. Son but, en effet, était de freiner la consommation d'électricité en faveur d'autres sources d'énergie. C'était donc bel et bien une mesure de politique économique. De plus, elle avait été prise pour des raisons politiques: l'opposition au nucléaire.

Préserver l'avenir

Le président Kaufmann a cependant été d'avis qu'il ne fallait pas fixer de limites trop précises. En cas de pénurie d'électricité, la situation serait différente et il importe de préserver l'avenir. *Cl. B.*

«Journal d'Yverdon», Yverdon, le 24 octobre 1981

Immer lebensgefährlich

Liebes Gritli

Sie rufen in fettgedruckten Lettern aus: «Freue sich, wer kann!» Und da möchte ich Ihnen doch einmal aufzählen, was mich alles in unserer heutigen Schweiz freut.

Es freut mich, eine Lebenserwartung zu haben, wie sie noch nie und nirgends auf der Erde möglich gewesen ist. Es freut mich, Freiheit in Freizeit und finanzieller Unabhängigkeit geniessen zu dürfen, in einem Ausmass, wie es sich der grösste Teil der Menschheit nicht einmal in den kühnsten Vorstellungen zu erträumen wagt. Es freut mich noch vieles, von dem ich in unserer Schweiz profitieren kann und das ich der harten Arbeit, dem Können und dem Fortschrittsglauben früherer Generationen zu verdanken habe. Und da werden Sie begreifen, liebes Gritli, dass mich ein Artikel wie der Ihre mittelmässig bis sehr erschüttert. Erschüttert daher, weil ich nicht verstehen kann, dass gescheite Leute nicht imstande sind, die Zusammenhänge zwischen technischen Leistungen und unserem unbestrittenen Wohlergehen zu erkennen. Dass in grossem Stil lamentiert und gejammert wird über allfällige bisher nicht gekannte Gefahren, statt dankbar anzuerkennen, dass die Summe der Sorgen und Gefahren während der ganzen industriellen technischen Entwicklung stetig kleiner geworden ist.

Erich Kästner hat sehr treffend formuliert, dass das Leben immer lebensgefährlich ist. Darum herum kommen wir nicht. Aber es war noch nie so *wenig* lebensgefährlich wie heute bei uns, nicht nur trotz, sondern gerade wegen Atomkraftwerken.

Recht herzlich *Ihr Hans Jörg*

«Nebelspalter», Rorschach, 20. Oktober 1981